Bezugsgebühr:
Vierteljährlich für Dresden bei täglich zweimaliger Zutragung durch unsere Boten sonntags und morgens, an Sonn- und Montagen nur einmal 2 Mk. 50 Pf., durch auswärtige Kommissionäre 3 Mk. bez. 3 Mk. 50 Pf. bei einmaliger Zustellung durch die Post 3 Mk. (ohne Bestellgeld), im Ausland mit entsprechendem Aufschlage. Die den Lesern von Dresden und Umgebung am Tage vorher zugestellten Abend-Ausgaben erhalten die auswärtigen Bezieher mit der Morgen-Ausgabe zusammen zugestellt. Nachdruck aller Artikel und Original-Mitteilungen nur mit deutlicher Quellenangabe („Dresd. Nachr.") zulässig. Nachträgliche Honoraranbrüche bleiben unberücksichtigt; unverlangte Manuskripte werden nicht aufbewahrt.

Telegramm-Adresse: Nachrichten Dresden.

Geschäftsstelle: Marienstr. 38/40.

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Clemens Lincke, Kaufhaus, Mügeln
Annahme von Inseraten und Abonnements für die „Dresdner Nachrichten".

Anzeigen-Tarif.
Annahme von Ankündigungen bis nachmittags 3 Uhr. Sonn- und Feiertags nur Marienstraße 38 von 11 bis 1/2 1 Uhr. Die 1spaltige Grundzeile ca. 8 Silben 25 Pfg., Familiennachrichten 20 Pfg.; Gesellschaftsanzeigen auf der Privatseite Zeile 30 Pfg.; die 2spaltige Zeile auf Textseite 60 Pfg.; als Eingesandt zweispaltige Zeile von Dresdner Aufgabeorten 75 Pfg., von auswärtigen 1 Mk. In Nummern nach Sonn- und Feiertagen: 1spaltige Grundzeile 50 Pfg., auf Privatseite 40 Pfg., 2spaltige Zeile als Eingesandt von Dresdner Aufgabeorten 1 Mk., von auswärtigen 1.60 Mk. Familiennachrichten Grundzeile 25 Pfg. — Die Preise der Inserate sind im Morgen- und Abendblatte dieselben. Auswärtige Aufträge nur gegen Vorausbezahlung. — Belegblätter kosten 10 Pfennige.

Fernsprecher: Nr. 11 und 2096.

Nähr-Cacao
Marke Milkelmalz. Erhöhter Nährwert durch Beifügung von Milch, Eiweiss und Malzextrakt. Pfund nur 160 Pfg. beim
Chocoladen-Hering.

Wetterfeste Loden-Pelerinen
für Damen, Herren u. Kinder, Damen-Loden-Kostüme, Touristen-Anzüge
empfiehlt das
Spezialgeschäft von Jos. Fiechtl aus Tirol
Schlossstrasse 23.

Heinr. Meyers
Lebertran-Emulsion
grosse Flasche 2 Mark. Versand nach auswärts.
Königl. Hofapotheke, Dresden, Georgentor.

Fabrik feiner Lederwaren. Weitgehendste Auswahl in **Gebrauchs- und Luxus-Lederwaren.** Reise-Artikel. **Adolf Näter** Hervorragende Neuheiten. 26 Prager Strasse 26.

Nr. 53. Spiegel: Kampf um die Kirche in Frankreich. Königsbesuch in Leipzig. Drittes Wasserwerk. Straßenbahnhaftpflicht. Verband d. Industriellen. Gerichtsverhandlungen. Der neue Reichstag.

Wahrscheinliche Witterung: **Kühl, veränderlich.**

Freitag, 22. Februar 1907.

Die französische Kirchenpolitik

hat von der Deputiertenkammer das parlamentarische Mehrheitssiegel durch ein mit überwältigender Stimmenzahl ausgesprochenes Vertrauensvotum aufgedrückt erhalten. Eins ist allerdings bei der Situation unklar geblieben, ob die Kammer in den Ausdruck ihres Vertrauens auch Herrn Clémenceau einbezogen wissen wollte, oder ob sie mit ihrer Zustimmung nur den eigentlichen geistigen Vater der kirchenpolitischen Gesetzgebung, Herrn Briand, und die mit ihm Hand in Hand gehenden übrigen Mitglieder des Kabinetts zu decken gedachte. Rein formell betrachtet, gilt natürlich das parlamentarische Placet für die ganze Regierung. Daß aber ein Gegensatz in der kirchenpolitischen Auffassung zwischen Briand und Clémenceau besteht, ist vor einiger Zeit durch den im Angesicht des Parlaments zwischen den beiden führenden Persönlichkeiten der Regierung ausgefochtenen Zwist zur öffentlichen Kenntnis gekommen. Der Ministerpräsident wurde damals äußerst ungemütlich und erklärte unwirsch, sein Kollege Briand habe mit seiner schrittweisen Rückzugspolitik vor der Kurie eine allgemeine Verwirrung und Zerfahrenheit zuwege gebracht. Es wäre darüber fast zur Ministerkrisis gekommen, doch besann sich Herr Clémenceau noch rechtzeitig eines Besseren, erkannte, daß sein galliges Temperament ihn wieder einmal zu weit fortgerissen habe, und führte mit dem gekränkten Briand eine ziemlich theatralisch anmutende Versöhnungsszene vor versammeltem Parlamente auf. Ein gewisser Niederschlag ist von diesem Rencontre offenbar auch jetzt noch zurückgeblieben; denn sonst hätte Herr Clémenceau es sich wohl nicht nehmen lassen, die an ihn gerichtete kirchenpolitische Interpellation selbst zu beantworten oder doch wenigstens neben Herrn Briand seine eigene Meinung dazu zu äußern. So aber hat er den Kultusminister allein reden lassen, und das läßt darauf schließen, daß der Ministerpräsident sich auf dem Gebiete der Kirchenpolitik mehr oder weniger ausgeschaltet gefühlt. Wüßte der alte griesgrimmende Vertreter des „zielbewußten" Radikalismus, daß er über die Mehrheit gebieten könnte und festen Boden unter den Füßen hätte, so würde er sicherlich unerbittlich bis zum äußersten gehen und sein Kabinett ganz im allerradikalsten kulturkämpferischen Sinne rekonstruieren. Er übersieht aber genau die parteipolitische Lage und weiß, daß Herrn Briands Methode den Beifall der maßgebenden republikanischen Kreise findet. Deshalb bescheidet er sich als schlauer Fuchs und späht inzwischen nach einer Gelegenheit aus, die ihm für die Verwirklichung seiner Kampfpläne günstig dünkt.

Herr Clémenceau wird freilich lange warten müssen und selbst bei einer ungewöhnlich ausgedehnten Amtszeit wahrscheinlich niemals den Augenblick erleben, wo seine Ideen triumphieren, die sich genau in demselben Kreise bewegen, den die ultraradikalen Redner in der jüngsten kirchenpolitischen Kammerdebatte vorzeichneten, indem sie dem Kultusminister einen Gang nach Kanossa vorwarfen. In Wirklichkeit liegt die Sache wesentlich anders. Es sind sehr erhebliche Errungenschaften, die unter der Führung Briands in dem bisherigen Verlaufe des Feldzuges gegen den Klerikalismus von der weltlichen Gewalt erfochten wurden. Das Konkordat, das bisher Kirche und Staat fest zusammengefügt hielt, ist beseitigt und seine Stelle nimmt eine Kirchenverfassung ein, die ganz der weltlichen Oberhoheit unterworfen ist. Der Papst ist als souveräne Macht völlig für die französische Regierung beseitigt, sie unterhält keine diplomatischen Beziehungen mehr zu ihm und erkennt ihn überhaupt nicht mehr als verhandlungsberechtigten Faktor an, sondern setzt sich mit dem französischen Episkopat direkt auseinander. Damit nicht genug, sind die Kirchengüter mit einem Schlage, ohne alle Unruhe und Verwirrung, als wenn es sich um die einfachste Sache der Welt handelte, kraft des Trennungsgesetzes in den Besitz des Staates übergegangen, die Palais der Bischöfe dienen staatlichen Zwecken, die Priester sind für die Regelung der gottesdienstlichen und ihrer privaten Verhältnisse auf einen Vertrag mit den Gemeindebehörden angewiesen und — zuletzt, aber nicht am wenigsten — die Kirche in Frankreich ist nicht mehr in der Lage, Stiftungen oder Schenkungen anzunehmen, entbehrt also gerade eines der hauptsächlichsten Mittel, mit denen die kirchliche Hierarchie, zumal in ihrer klösterlichen Verkörperung, bisher die Macht des Klerikalismus zu erweitern beflissen war.

Das ist ein Katalog der Erfolge der weltlichen Gewalt in Frankreich gegenüber dem römischen Kirchentum. In der Summe dieser Errungenschaften, die Schlag auf Schlag mit einer beinahe unheimlichen Ruhe und Gelassenheit hüben wie drüben in außerordentlich kurzer Frist erzielt worden sind, tritt etwas so Ueberwältigendes zutage, daß jeder halbwegs einsichtige Politiker Herrn Briand verstehen und begreifen muß, wenn er erklärt: „Der Sieg der Regierung ist beinahe zu groß. Es wäre vielleicht gefährlich, ihn noch größer zu wünschen." Applaus und Bewegung begleiteten diese Worte des Ministers, die eine ernste Warnung für die überradikalen Heißsporne enthalten, nicht so große bereits erreichte Ziele durch ein Uebermaß von Schärfe auf das Spiel zu setzen. Daß Herr Briand den Kern der Lage richtig erfaßt hat, bewies er durch die unzweideutige und feste Art, wie er das Tischtuch zwischen sich und denen zerschnitt, die unter dem Deckmantel des Kampfes gegen den Klerikalismus die Religion selbst aus den Herzen der französischen Staatsbürger reißen möchten. Herr Briand erließ eine scharfe Absage an diejenigen Parteigänger, „die intransigeanter und unfehlbarer sind als der Papst selbst", und erklärte: „Die Regierung hat an alle Bürger zu denken, an freidenkende wie an gläubige. Wir können die Macht der Kirche unter das Gesetz beugen, und das haben wir getan. Aber den Glauben freier Menschen, das Bedürfnis Tausender von Herzen können wir nicht nach Paragraphen reglementieren, und wir wollen es auch nicht; das sage ich ganz offen." Ein so freimütiges Bekenntnis, das er mit der Aufforderung an die Kammer, es entweder gut oder ihn gehen zu heißen, schloß, ehrt den französischen Kultusminister gleichmäßig als Menschen wie als Politiker und stellt ihm im Vergleich mit Herrn Clémenceau, der am liebsten, wenn er seiner persönlichen Neigung freien Lauf lassen könnte, die Dinge auf des Messers Schneide stellte und die Kirchen verschlösse, das Zeugnis einer höheren realpolitischen Einsicht aus.

Tatsächlich ist es ein geradezu schwindelerregender Sieg, den die weltliche Gewalt in Frankreich erfochten hat. Ein weltgeschichtliches Ereignis, wie es die Trennung von Staat und Kirche bildet, hat sich vollzogen ohne Donner und Blitz; in ruhiger Würde ist die staatliche Macht Herrin der Lage geblieben. Wenn die französischen Republikaner vernünftig sind, dann begnügen sie sich nunmehr mit dem Erreichten, gedenken des leitenden Grundsatzes der Bismarckschen Staatskunst, daß weise Mäßigung zur rechten Zeit die Grundlage eines dauernden Erfolges bildet, und folgen Herrn Briand auf seinen Spuren weiter. Sollen die kirchlichen Nutznießungsverträge, die fortan, zwischen den Pfarrern und den Gemeinden geschlossen, die rechtliche Grundlage für die Ausübung des Kultus bilden werden, überhaupt zu stande kommen, so müssen folgerichtig auch über ihren Inhalt Verhandlungen mit den Bischöfen gepflogen werden und muß von seiten der staatlichen Gewalt ein gewisses, durch das Trennungsgesetz klar begrenztes Entgegenkommen gegen die diskutablen hierarchischen Forderungen gezeigt werden. Herr Clémenceau wollte hierauf, ebenso wie auf die früheren, von der realpolitischen Notwendigkeit diktierten Zugeständnisse Briands, zuerst augenscheinlich nicht eingehen. Die Kammer ist aber besonnen genug gewesen, die Berechtigung des vom Kultusminister vertretenen Standpunktes anzuerkennen und Herrn Briand mit seiner gemäßigteren Auffassung auch in diesem Punkte recht zu geben. Wie lange die äußerlich hergestellte Einigkeit zwischen Clémenceau und Briand anhält, muß die Zeit lehren. Einstweilen scheinen neue Schwierigkeiten für den Ministerpräsidenten aus den Enthüllungen über die Beschlagnahme der Papiere der ehemaligen päpstlichen Nuntiatur heranzuwittern.

Neueste Drahtmeldungen vom 21. Februar.

Deutscher Reichstag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Seitens der Wirtschaftlichen Vereinigung sind im Reichstage noch weitere Initiativanträge gestellt worden, in denen gefordert wird: Ernteurlaub für Soldaten, die vor ihrem Diensteintritt im Betriebe ihrer Eltern tätig waren; freie Hin- und Rückfahrt auf deutschen Eisenbahnen für alle beurlaubten Mannschaften; Gehalts- und Lohnaufbesserungen für alle Reichsbeamten, sowie für die Arbeiter in Reichsdiensten; Gewährung von Beihilfen an Kriegsteilnehmer, auch ohne Prüfung der Unterstützungsbedürftigkeit und Deckung der erforderlichen Mehrausgaben durch eine Wehrsteuer; Maßregeln gegen das Zigeunerunwesen; wirksameren Schutz der Erfindungen der technischen Angestellten und Arbeiter; Verhinderung des Vordringens des Ausländertums an deutschen Hochschulen; Sicherung des Organisationsrechts der Angestellten und Arbeiter des Reiches, der Bundesstaaten und der Gemeinden zur Wahrung ihrer öffentlichen Interessen; Kontrolle des Weins durch im Hauptamt angestellte Beamte; Buchführungszwang über Einkellerung und Verkauf des Weins; Deklarationszwang und Begrenzung der Zuckerung und endlich Ausdehnung der Bestimmung der Paragraphen 105 bis 133 und 152 der Gewerbeordnung auch auf Arbeitgeber, Gehilfen, Lehrlinge und Arbeiter in der gewerblichen Gärtnerei.

Berlin. (Priv.-Tel.) Beim Reichstage sind zahlreiche Initiativanträge eingegangen. Abgg. Stöcker und Genossen fordern Arbeitskammern, rechtliche Anerkennung und Regelung der Kollektiv- bezw. Tariflohnverträge, ein Reichs-Vereins- und Versammlungsrecht unter Zulassung der Frauen behufs Mitwirkung an sozialpolitischen Bestrebungen und Förderung des deutschen Erzbergbaues, besonders des Eisensteinbergbaues, derart, daß die Abhängigkeit der deutschen Eisen- und Stahlindustrie vom Auslande nicht mehr vergrößert wird. Anträge der Abgg. Schack und Genossen fordern Handelsinspektoren, Beseitigung der Sonntagsarbeit im Handelsgewerbe und Ausdehnung der Zuständigkeit der Gewerbegerichte auf die technischen Angestellten. Abgg. Raab und Genossen verlangen Verschärfung des Gesetzes über den unlauteren Wettbewerb.

Preußischer Landtag.

Berlin. (Priv.-Tel.) Das Abgeordnetenhaus setzte die Beratung des Etats des Ministeriums des Innern beim Kapitel „Polizeiverwaltung in Berlin" fort. Der Minister des Innern von Bethmann-Hollweg gab dem Abgeordneten Münsterberg zu, daß in der Gesindeordnung Lebensanschauungen niedergelegt seien, die jetzt keine Gültigkeit mehr hätten. Die Gesindenot hätte aber andere Ursachen: Mangel an Gesinde, Unbeständigkeit, Wohnungsgelegenheiten, vor allem die ruchlosen Hängeböden, die ja glücklicherweise immer mehr verschwänden, die oft wenig menschenwürdige Behandlung (Sehr richtig! links) und die Landflucht des Gesindes (Sehr richtig! rechts). Abgeordneter von Schuckmann habe gestern die Nachtseiten des Berliner Lebens geschildert, in manchem habe er recht, in vielem sei ihm nicht beizustimmen. Eine allgemeine Herabsetzung der Polizeistunde in Berlin sei nicht möglich, aber alle Bestrebungen, die darauf abzielten, die nächtlichen Vergnügungen zu vermindern, werde er freudig unterstützen. Besonders sei die Pflege des Sports ein gutes Mittel, um den Mißständen entgegen zu arbeiten. Die Prostitutionsfrage anlangend, so liege das Grundübel in einer unloglichen Bestimmung des Reichs-Strafgesetzbuches, auf Grund deren die Polizei gar nicht anders handeln könne, als die Prostitution unter Kontrolle zu stellen. Er sei gern bereit, auf eine bezügliche Aenderung des Strafgesetzbuchs hinzuwirken. Wir würden wohl schließlich dahin kommen, dem Beispiel Dänemarks zu folgen. Die Auswüchse der Prostitution müßten im Interesse der Gesellschaft, wie der Gesundheit, immer energischer bekämpft werden. Von einer freien Kommission verspreche er sich nicht viel. In Frankreich und in Belgien hätten diese freien Kommissionen sehr wenig erreicht. Die vollständige Beseitigung der Animierkneipen werde von den verbündeten Regierungen erwogen. Wenn es gelinge, schloß der Minister, die Vereine zur Bekämpfung der Unsittlichkeit zu unterstützen, die Bestrebungen des Sports usw. zu fördern und die Gesetzgebung in dem angegebenen Sinne zu ändern, dann werde es mit der Zeit gelingen, die schlimmsten Körper und Geist vergiftenden Auswüchse einer Naturmacht zu beschränken, der wir am letzten Ende doch alles, Leben und Kraft, Lust und Leid, Arbeits- und Schaffensfreudigkeit, verdanken. (Lebhafter Beifall.) — Abgeordneter Dietrich nahm an den letzten Worten des Ministers Anstoß, damit sei der Sinnlichkeit das Wort geredet worden. Der Minister erwiderte, er habe nicht von Sinnlichkeit gesprochen, sondern nur jene Lebenskraft erwähnt, der wir im Grunde alle unser Leben verdanken. Weiterberatung morgen. Außerdem Interpellation wegen des Reedener Bergwerksunglücks.

Berlin. (Priv.-Tel.) Dem Abgeordnetenhause ist folgender, von den Freikonservativen, dem Zentrum, den Nationalliberalen und den beiden freisinnigen Parteien eingebrachter Antrag zugegangen: Die Staatsregierung zu ersuchen, zu veranlassen, daß der gesamte Strafvollzug unter Beseitigung des zurzeit bestehenden Dualismus einem Ministerium unterstellt wird. (Heute untersteht er zum Teil dem Justizministerium, zum Teil dem Ministerium des Innern.)

Beisetzung der Prinzessin Clementine von Coburg.

Coburg. Um 1/4 11 Uhr lief der Sonderzug mit der Leiche der Prinzessin Clementine von Coburg und den nächsten Anverwandten der Verstorbenen hier ein. Die Fürstlichkeiten wurden von der Herzogin Viktoria Adelheid in Vertretung ihres erkrankten Gemahls, ferner vom Prinzen Friedrich Leopold von Preußen und dem Thronfolger von Rumänien begrüßt. Als der reichgeschmückte Sarg von 12 Unteroffizieren auf den mit vier Rappen bespannten Leichenwagen gehoben wurde, präsentierte das in Parade aufgestellte dritte Bataillon des 95. Infanterie-Regiments. Dann setzte sich der Zug unter Glockengeläute nach der katholischen Kirche St. Augustin in Bewegung. Hinter dem Leichenwagen schritten Prinz Friedrich Leopold von Preußen als Vertreter des Kaisers, der Fürst von Bulgarien, die Prinzen Philipp und August von Coburg, der Kronprinz von Rumänien als Vertreter des Königs, Prinz Ludwig von Coburg, Prinz Peter von Orleans, die Herzöge Christoph und Luitpold in Bayern; dann folgten die übrigen Fürstlichkeiten, Vertreter von Fürstlichkeiten, ihre Gefolge und Abordnungen. Im Wagen folgten die Erzherzoginnen Klothilde und Elisabeth von Oesterreich. Die katholischen Schulen und Gesangvereine schlossen den Zug. Am Eingange der Kirche hatten sich Herzogin Viktoria Adelheid, die Herzogin-Witwe Maria und Prinzessin Beatrix von Sachsen-Coburg eingefunden. Unter Orgelmusik wurde der Sarg auf den Katafalk vor dem Chore aufgebahrt. Die Gedächtnisrede hielt Erzbischof Dr. v. Albert-Bamberg, der die großen Verdienste der Verstorbenen um Bulgarien hervorhob. Nach der

Pramanns Erbswurst!
Pramanns Suppen! ★ Fabrik Radebeul 1/8.